

49. Schleswig-Holsteinischer Bau- und Vergaberechtstag

Neuerungen des Bauvergaberechts unterhalb des Schwellenwerts

Oliver Schubert

Fachgruppe Vergabe- und Vertragswesen

Justizariat der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR

oliver.schubert@gmsh.de

0431 599-1220

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Inkrafttreten des 1. Abschnitts der VOB/A	3 – 7
Teil 2: Elektronische Kommunikation in Vergabeverfahren (e-Vergabe)	8 – 26
Teil 3: Durchführung von Öffnungs- bzw. Eröffnungsterminen	27 – 33
Teil 4: Rahmenvereinbarungen	34 – 40
Teil 5: Nachforderung von fehlenden geforderten Unterlagen	41 – 50

Teil 1

Inkrafttreten des 1. Abschnitts der VOB/A

Rechtsgrundlagen des Vergaberechts - Haushaltsvergaberecht, unterhalb der Schwellenwerte

- **Inkrafttreten des 1. Abschnitts der VOB/A (Stand: 22.06.2016, BAnz 01.07.2016, B4)**
 - **für Bauaufträge des Bundes:** Erlass des BMUB (B I 7 -81063.6/1) vom 09.09.2016 und Erlass des AfB vom 30.09.2016
 - **für Bauaufträge des Landes Schleswig-Holstein:** Verbindlicherklärung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes S-H (MWAVT) vom 14.10.2016 (GVBl. Schl.-H. S. 842) (§ 3 Abs. 1 S. 4 TTG)

Rechtsgrundlagen des Vergaberechts - Haushaltsvergaberecht, unterhalb der Schwellenwerte

- **Verbindlicherklärung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes S-H (MWAVT) vom 14.10.2016 (GVBl. Schl.-H. S. 842):**
(§ 3 Abs. 1 S. 4 TTG)

842 Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein 2016; Ausgabe 27. Oktober 2016 Nr. 18

Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) – Teil A Ausgabe vom 1. Juli 2016

GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 707-5-13

Verbindlicherklärung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
vom 14. Oktober 2016

Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 4 in Verbindung mit § 3 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 des Gesetzes über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vom 31. Mai 2013 (GVObI. Schl.-H. S. 239)

Kiel, 14. Oktober 2016

(„TTG“) erklärt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie für verbindlich:

Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) Teil A, Abschnitt 1 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 2016 (BAnz. 1. Juli 2016, B4), § 3 a Abs. 2 Nummer 1 und Absatz 4 Satz 2 sowie § 20 Absatz 3 und § 12 Absatz 1 Nummer 1 letzter Halbsatz finden keine Anwendung.

Reinhard Meyer
Minister
für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Rechtsgrundlagen des Vergaberechts

- Haushaltsvergaberecht, unterhalb der Schwellenwerte

- **Keine Anwendung von Regelungen aus dem 1. Abschnitt der VOB/A bei Bauaufträgen des Landes Schleswig-Holstein:**
(Verbindlicherklärung des MWAVT vom 14.10.2016, GVOBl. Schl.-H. S. 842)
 - **§ 3a Abs. 2 Nr. 1 VOB/A:** Wertgrenzen für die Zulässigkeit der Beschränkten Ausschreibung. Stattdessen gilt die Wertgrenze von 1.000.000,00 € (im Sinne eines Gesamtauftragswerts) gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 SHVgVO.
 - **§ 3a Abs. 4 S. 2 VOB/A:** Wertgrenze für die Zulässigkeit der Freihändigen Vergabe. Stattdessen gilt die Wertgrenze von 100.000,00 € (im Sinne eines Gesamtauftragswerts gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 SHVgVO).
 - **§ 20 Abs. 3 VOB/A:** Information nach Zuschlagserteilung. Stattdessen gilt die Informationspflicht (mit erhöhten Wertgrenzen) gemäß § 9 Abs. 2 SHVgVO.
 - **§ 12 Abs. 1 Nr. 1 letzter Halbsatz VOB/A:** Veröffentlichung von Bekanntmachungen auch auf www.bund.de

Rechtsgrundlagen des Vergaberechts - Haushaltsvergaberecht, unterhalb der Schwellenwerte

- **Anwendung des Vergabe- und Vertragshandbuchs (VHB)**
 - **für die Hochbaumaßnahmen des Bundes:**
Ausgabe 2008, Stand April 2016
 - **für die Hochbaumaßnahmen des Landes Schleswig-Holstein:**
Ausgabe 2008, Stand April 2016

Teil 2

Elektronische Kommunikation in Vergabeverfahren (e-Vergabe)

Entscheidung des Auftraggebers über die Wahl der Kommunikation

(§§ 11, 11a, 12, 13, 14, 14a VOB/A)

- Der **Auftraggeber gibt** in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen **an, auf welchem Weg die Kommunikation erfolgen soll.**
(§ 11 Abs. 1 S. 1 VOB/A)
 - Anders als bei EU-weiten Vergabeverfahren (2. Abschnitt der VOB/A) wird für nationale Vergabeverfahren (1. Abschnitt der VOB/A) **nicht die grundsätzliche Pflicht zur elektronischen Kommunikation eingeführt.**
 - **Begründung:** Nicht alle Auftraggeber und Unternehmen sind in der Lage, durchgehend im Vergabeverfahren elektronische Mittel einzusetzen.
- Für den Fall der elektronischen Kommunikation gelten § 11 Abs. 2 bis Abs. 6 VOB/A und § 11a VOB/A.
(§ 11 Abs. 1 S. 2 VOB/A)
- Werden elektronische Mittel eingesetzt, sind die Regelungen im 1. und 2. Abschnitt der VOB/A fast wortgleich.

Die Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt.

(§ 11 Abs. 2 und Abs. 3 VOB/A)

- **Entscheidet sich der Auftraggeber für die elektronische Kommunikation,** muss er die Vergabeunterlagen elektronisch zur Verfügung stellen.
(§ 11 Abs. 2 VOB/A)
- **Angabe einer elektronischen Adresse in der Auftragsbekanntmachung:**
Der Auftraggeber gibt in der Auftragsbekanntmachung eine elektronische Adresse an, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können.
(§ 11 Abs. 3 VOB/A)
- **Schlussfolgerung aus § 11 Abs. 3 VOB/A:** Die Vergabeunterlagen müssen zum **Zeitpunkt der Auftragsbekanntmachung bereits fertiggestellt** sein. Anderenfalls kann der Auftraggeber keine elektronische Adresse angeben, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können.

Die Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt.

(§ 11 Abs. 2 und Abs. 3 VOB/A)

- **Zu den Vergabeunterlagen gehören insbesondere:**

(§ 8 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 VOB/A)

- Aufforderung zur Abgabe von Angeboten (Anschreiben)
- Teilnahmebedingungen (FB 212 VHB)
- Vertragsunterlagen, die aus der Leistungsbeschreibung und den Vertragsbedingungen bestehen.

Voraussetzungen für den Beginn eines Vergabeverfahrens

(§ 2 Abs. 4 und Abs. 5 VOB/A)

Keine Durchführung von Vergabeverfahren zum Zwecke der
Markterkundung

(§ 2 Abs. 4 VOB/A)

Zeitpunkt für den Beginn eines Vergabeverfahrens

(§ 2 Abs. 5 VOB/A)

Fertigstellung aller Vergabeunterlagen

Innerhalb der angegebenen Fristen kann mit der
Ausführung begonnen werden.

Beginn eines Vergabeverfahrens

(§ 2 Abs. 5 VOB/A)

- Der Auftraggeber soll erst dann ausschreiben, wenn **alle Vergabeunterlagen fertiggestellt** sind (Soll-Vorschrift).
- **Grundsätzlich** müssen die Vergabeunterlagen **vor Beginn eines Vergabeverfahrens** vollständig fertiggestellt sein.
- Das **Vergabeverfahren beginnt** mit einer
 - **Bekanntmachung:** Öffentliche Ausschreibung, Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb
 - **Aufforderung zur Angebotsabgabe:** Beschränkte Ausschreibung, Freihändige Vergabe

Beginn eines Vergabeverfahrens

(§ 2 Abs. 5 VOB/A)

- **§ 2 Abs. 5 VOB/A als Soll-Vorschrift:**
 - **Ausnahme:** Die Vergabeunterlagen müssen zu dem Zeitpunkt fertiggestellt sein, zu dem sie tatsächlich benötigt werden.
 - **Beispiel:** Bei einer Beschränkten Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb werden Vergabeunterlagen erst nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs benötigt. Das bedeutet, dass der Teilnahmewettbewerb zur vollständigen Fertigstellung der Vergabeunterlagen genutzt werden kann.

Beginn eines Vergabeverfahrens, wenn die Vergabeunterlagen nicht elektronisch zur Verfügung gestellt werden

(§ 2 Abs. 5 VOB/A)

▪ **§ 2 Abs. 5 VOB/A als Soll-Vorschrift:**

- Die Soll-Vorschrift des § 2 Abs. 5 VOB/A hat nur noch Bedeutung für nationale Vergabeverfahren, bei denen die **Vergabeunterlagen nicht elektronisch zur Verfügung gestellt** werden.
- In diesen Fällen sind die Vergabeunterlagen
 - bei einer Öffentlichen Ausschreibung **unverzüglich in geeigneter Weise** zu übermitteln,
(§ 12a Abs. 1 Nr. 1 VOB/A)
 - bei Beschränkter Ausschreibung und Freihändiger Vergabe an alle ausgewählten Bewerber **am selben Tag** abzusenden.
(§ 12a Abs. 1 Nr. 2 VOB/A)

Registrierung von Unternehmen bei elektronischer Kommunikation

(§ 11 Abs. 6 VOB/A)

- Der Auftraggeber kann von jedem Unternehmen
 - die Angabe einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung
 - und
 - einer elektronischen Adresseverlangen (Registrierung).
- Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen darf der Auftraggeber **keine Registrierung** verlangen. Eine freiwillige Registrierung ist zulässig.

Anforderungen an elektronische Mittel

(§ 11a VOB/A)

- Elektronische Mittel und deren technische Merkmale müssen **allgemein verfügbar, nichtdiskriminierend** und mit allgemein verbreiteten Geräten und Programmen der Informations- und Kommunikationstechnologie **kompatibel** sein.
(§ 11a Abs. 1 S. 1 VOB/A)
- **Keine Einschränkung des Zugangs** von Unternehmen zum Vergabeverfahren
(§ 11a Abs. 1 S. 2 VOB/A)
- **Barrierefreie Ausgestaltung** der elektronischen Mittel
(§ 11a Abs. 1 S. 3 VOB/A)
- Die eingesetzten elektronischen Mittel müssen die **Unversehrtheit, die Vertraulichkeit und die Echtheit der Daten** gewährleisten.
(§ 11a Abs. 2 VOB/A)

Anforderungen an elektronische Mittel

(§ 11a VOB/A)

- **Bereitstellung von allen notwendigen Informationen über**
 - die in einem Vergabeverfahren verwendeten elektronischen Mittel
 - die technischen Parameter zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten mithilfe elektronischer Mittel
 - verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren
- (§ 11a Abs. 3 VOB/A)

Anforderungen an elektronische Mittel

(§ 11a VOB/A)

- **Festlegung des erforderlichen Sicherheitsniveaus für elektronische Mittel durch den Auftraggeber:**

(§ 11a Abs. 4 VOB/A)

(4) Der Auftraggeber legt das erforderliche Sicherheitsniveau für die elektronischen Mittel fest. Elektronische Mittel, die vom Auftraggeber für den Empfang von Angeboten und Teilnahmeanträgen verwendet werden, müssen gewährleisten, dass

1. die Uhrzeit und der Tag des Datenempfangs genau zu bestimmen sind,
2. kein vorfristiger Zugriff auf die empfangenen Daten möglich ist,
3. der Termin für den erstmaligen Zugriff auf die empfangenen Daten nur von den Berechtigten festgelegt oder geändert werden kann,
4. nur die Berechtigten Zugriff auf die empfangenen Daten oder auf einen Teil derselben haben,
5. nur die Berechtigten nach dem festgesetzten Zeitpunkt Dritten Zugriff auf die empfangenen Daten oder auf einen Teil derselben einräumen dürfen,
6. empfangene Daten nicht an Unberechtigte übermittelt werden und
7. Verstöße oder versuchte Verstöße gegen die Anforderungen gemäß den Nummern 1 bis 6 eindeutig festgestellt werden können.

Anforderungen an elektronische Mittel

(§ 11a VOB/A)

- **Einheitliche Datenaustauschnittstelle:**
(§ 11a Abs. 5 VOB/A)
 - **Verwendung alternativer elektronischer Mittel**, d. h. solcher elektronischen Mittel, die **nicht allgemein verfügbar** sind, wenn
 - der Auftraggeber den Unternehmen während des gesamten Vergabeverfahrens unter einer Internetadresse einen unentgeltlichen, uneingeschränkten, vollständigen und direkten Zugang zu diesen alternativen elektronischen Mitteln gewährt,
 - der Auftraggeber diese alternativen elektronischen Mittel selbst verwendet.
- (§ 11 Abs. 6 VOB/A)

Anforderungen an elektronische Mittel

(§ 11a VOB/A)

- Einsatz von elektronischen Mitteln im Rahmen der **Bauwerksdatenmodellierung**
(§ 11a Abs. 7 S. 1 VOB/A)
- Sofern die verlangten elektronischen Mittel für die Bauwerksdatenmodellierung **nicht allgemein verfügbar** sind, bietet der Auftraggeber einen alternativen Zugang zu ihnen gemäß § 11a Abs. 6 VOB/A an.
(§ 11a Abs. 7 S. 2 VOB/A)

Form der Angebote

(§ 13 VOB/A)

- Der **Auftraggeber legt fest**, in welcher **Form** die Angebote einzureichen sind.
(§ 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 1 VOB/A)
- **Schriftliche Angebote:**
 - **Bis zum 18.10.2018 sind schriftlich eingereichte Angebote zuzulassen.**
(§ 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 VOB/A)
 - **Mit Ablauf des 18.10.2018 entscheidet der Auftraggeber über die Form der einzureichenden Angebote.** Dieses Datum entspricht dem spätesten Zeitpunkt, ab dem bei europaweiten Vergabeverfahren (2. Abschnitt der VOB/A) elektronische Mittel eingesetzt werden müssen.
(§ 23 EU VOB/A)
 - Der Auftraggeber kann weiterhin schriftliche Angebote zulassen.
 - Er kann die Einreichung auf elektronische Angebote beschränken.
 - **Schriftlich eingereichte Angebote müssen unterzeichnet sein.**
(§ 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 3 VOB/A)

Form der Angebote

- **Elektronische Angebote** sind nach **Wahl des Auftraggebers**
 - in **Textform** oder
 - mit einer **fortgeschrittenen elektronischen Signatur** und den Anforderungen des Auftraggebers oder
 - mit einer **qualifizierten elektronischen Signatur**
- zu übermitteln.
(§ 13 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 VOB/A)

Form der Angebote

(§ 13 VOB/A)

▪ Textform nach § 126b BGB:

211

(Aufforderung zur Abgabe eines Angebots – Einheitliche Fassung)

8

Angebotsabgabe

Bei elektronischer Angebotsübermittlung **in Textform** ist der **Bieter** und die zur **Vertretung des Bieters** **berechtigte natürliche Person zu benennen**; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur zu versehen. Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

213

(Angebotsschreiben Lose – Einheitliche Fassung)

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot **in Textform der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,**
 - ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
 - ein elektronisches Angebot, das signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,
- wird das Angebot ausgeschlossen.**

Form der Angebote

(§ 13 VOB/A)

■ Textform nach § 126b BGB:

- Bei einer elektronischen Übermittlung durch eine **E-Mail** genügt es, dass der Empfänger sie speichern und ausdrucken kann. Nicht erforderlich ist, dass tatsächlich ein Ausdruck erstellt wird.
(Palandt/Ellenberger, 74. Aufl., § 126b BGB Rn. 3)

- Bei der Übermittlung in Textform bedarf es **keiner Unterschrift**.
(BGH, Urteil vom 10.11.2010 – VIII ZR 300/09, NJW 2011, 295)

Konsequenz: Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist nicht erforderlich.

- **Ergebnis:** Die elektronische Erstellung und Übermittlung z. B. per E-Mail reicht für die Textform nach § 126b BGB aus.
(Bamberger/Roth/Wendtland, 3. Aufl., § 126b BGB Rn. 5)

Form der Angebote

- **Forderung von elektronischen Signaturen:**
(§ 11 Abs. 5 VOB/A)
 - Der Auftraggeber prüft im Einzelfall, ob zu übermittelnde Daten **erhöhte Anforderungen an die Sicherheit** stellen.
 - Soweit erforderlich, kann der Auftraggeber verlangen, dass Angebote und Teilnahmeanträge mit einer fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen sind.

Teil 3

Durchführung von Öffnungs- bzw. Eröffnungsterminen

Unterscheidung zwischen Öffnungs- und Eröffnungsterminen (§ 14 VOB/A, § 14a VOB/A)

§ 14 VOB/A

Öffnungstermin bei
ausschließlicher Zulassung
elektronischer Angebote

Die Bieter oder ihre
Bevollmächtigten dürfen **nicht**
zugegen sein.

§ 14a VOB/A

Eröffnungstermin bei
Zulassung schriftlicher
Angebote

Die Bieter oder ihre
Bevollmächtigten dürfen
zugegen sein.

Der Öffnungs- oder Eröffnungstermin

(§ 14 Abs. 1 S. 1 VOB/A, § 14a Abs. 1 S. 1 VOB/A)

- **Sinn und Zweck des Öffnungs- oder Eröffnungstermins:**
 - Im Öffnungstermin werden die Angebote geöffnet. Im Eröffnungstermin werden die Angebote geöffnet und verlesen.
 - Der Öffnungs- oder Eröffnungstermin dient der Einhaltung eines korrekten Vergabeverfahrens und trägt den Grundsätzen der Gleichbehandlung, der Transparenz und des ordnungsgemäßen Wettbewerbs Rechnung.
(Marx in: Kulartz/Marx/Portz/Prieß, 2. Aufl., § 14 VOB/A Rn. 3)

Öffnung der Angebote, Öffnungstermin

(§ 14 VOB/A)

- **Sind nur elektronische Angebote zugelassen**, wird die Öffnung der Angebote von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers gemeinsam an einem Termin (**Öffnungstermin**) unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist durchgeführt.
(§ 14 Abs. 1 S. 1 VOB/A)
- **Konsequenz:** Sind auch schriftliche Angebote zugelassen worden, darf kein Öffnungstermin, sondern muss ein Eröffnungstermin stattfinden.
- Da bis zum **18.10.2018** immer schriftliche Angebote zuzulassen sind, ist die Durchführung eines Öffnungstermin erst nach diesem Zeitpunkt zulässig.

Öffnung der Angebote, Öffnungstermin

(§ 14 VOB/A)

- **Bieter und ihre Bevollmächtigten sind nicht (mehr) zugelassen.** Diese Regelung entspricht § 14 EU VOB/A, § 55 Abs. 2 VgV.
 - Über den Öffnungstermin ist eine **Niederschrift in elektronischer Form** zu fertigen. Der Niederschrift ist eine Aufstellung mit folgenden Angaben beizufügen:
 - Name und Anschrift der Bieter,
 - die Endbeträge der Angebote oder einzelner Lose,
 - Preisnachlässe ohne Bedingungen,
 - Anzahl der jeweiligen Nebenangebote.
- (§ 14 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a) bis d) VOB/A)

Öffnung der Angebote, Öffnungstermin

(§ 14 VOB/A)

- **Bei Ausschreibungen** stellt der Auftraggeber den Bietern die **Informationen unverzüglich elektronisch zu Verfügung**, die in die Aufstellung zur Niederschrift aufzunehmen sind:
 - Name und Anschrift der Bieter,
 - die Endbeträge der Angebote oder einzelner Lose,
 - Preisnachlässe ohne Bedingungen,
 - Anzahl der jeweiligen Nebenangebote.(§ 14 Abs. 6 S. 1 in Verbindung mit § 14 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a) bis d) VOB/A)
- Die Verpflichtung, die Informationen den Bietern zur Verfügung zu stellen gilt **nicht für Freihändige Vergaben**. Bei dieser Vergabeart besteht grundsätzlich die Möglichkeit, nach Angebotsabgabe über Art und Umfang der Leistung sowie über Preise zu verhandeln.
(OLG Naumburg, Beschluss vom 13.05.2008 – 1 Verg 3/08, IBR 2008, 751)

Öffnung der Angebote, Eröffnungstermin

(§ 14a VOB/A)

- **Sind schriftliche Angebote zugelassen**, ist bei Ausschreibungen für die Öffnung und Verlesung (**Eröffnung**) der Angebote ein Eröffnungstermin abzuhalten.
(§ 14a Abs. 1 S. 1 VOB/A)
- An dem Eröffnungstermin dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten zugegen sein.
(§ 14a Abs. 1 S. 1 Halbsatz 2 VOB/A)
- **Im Eröffnungstermin sind folgende Angaben zu verlesen:**
(§ 14a Abs. 3 Nr. 2 S. 2 und S. 3 VOB/A)
 - Name und Anschrift der Bieter,
 - die Endbeträge der Angebote oder einzelner Lose,
 - Preisnachlässe ohne Bedingungen,
 - Einreichung von Nebenangeboten (ob, von wem und in welcher Zahl)

Teil 4

Rahmenvereinbarungen

Zulässigkeit der Ausschreibung von Rahmenvereinbarungen

(§ 4a VOB/A)

■ Regelung des § 4a VOB/A:

(1) Rahmenvereinbarungen sind Aufträge, die ein oder mehrere Auftraggeber an ein oder mehrere Unternehmen vergeben können, um die Bedingungen für Einzelaufträge, die während eines bestimmten Zeitraums vergeben werden sollen, festzulegen, insbesondere über den in Aussicht genommenen Preis. Das in Aussicht genommene Auftragsvolumen ist so genau wie möglich zu ermitteln und bekannt zu geben, braucht aber nicht abschließend festgelegt zu werden. Eine Rahmenvereinbarung darf nicht missbräuchlich oder in einer Art angewendet werden, die den Wettbewerb behindert, einschränkt oder verfälscht. Die Laufzeit einer Rahmenvereinbarung darf vier Jahre nicht überschreiten, es sei denn, es liegt ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Ausnahmefall vor.

(2) Die Erteilung von Einzelaufträgen ist nur zulässig zwischen den Auftraggebern, die ihren voraussichtlichen Bedarf für das Vergabeverfahren gemeldet haben, und den Unternehmen, mit denen Rahmenvereinbarungen abgeschlossen wurden.

- **Erstmalige Regelung der Rahmenvereinbarungen in der VOB/A 2016**
- **Rahmenvereinbarungen für Zeitvertragsarbeiten** waren bereits vor der Änderung der VOB/A üblich und in Teil 6 des VHB vorgesehen.

Rahmenvereinbarungen

(§ 4a VOB/A)

- **Typischer Anwendungsbereich für Rahmenvereinbarungen** sind Bauunterhaltungsarbeiten.
(Ziffer 2 Richtlinien zu 611.1 und 611.2 VHB)
 - **Bauunterhaltungsarbeiten** sind Bauleistungen, die nicht der Errichtung, sondern dem Fortbestand eines bereits errichteten Bauwerks dienen und in der Regel wiederkehrend notwendig sind.
(Schranner in: Ingestau/Korbion, 20. Aufl., § 4a VOB/A Rn. 2)
 - **Beispiel:** Wartung eines Flachdachs

Begriff der Rahmenvereinbarungen

(§ 4a VOB/A)

- Vereinbarung zwischen **einem oder mehreren Auftraggebern und einem oder mehreren Unternehmen**
(§ 4a Abs. 1 S. 1 VOB/A)
- Im Voraus werden die **Bedingungen, insbesondere der Preis, für die nachfolgenden Einzelaufträge** festgelegt.
(§ 4a Abs. 1 S. 1 VOB/A)
- Bei einer Rahmenvereinbarung handelt es sich um einen Vertrag, der selbst noch keine Leistungs- und Zahlungspflichten begründet, sondern für erst nachfolgende verbindliche Einzelbeauftragungen im Voraus den Vertragsinhalt festlegt.
(BGH, Urteil vom 28.09.1989 – VII ZR 152/88, BauR 1990, 99)
- Abschluss der Vereinbarung über einen **bestimmten Zeitraum**
(§ 4a Abs. 1 S. 1 VOB/A)

Begriff der Rahmenvereinbarungen

(§ 4a VOB/A)

- Eine **Abnahmeverpflichtung des Auftraggebers ist keine zwingende Voraussetzung** für die Zulässigkeit einer Rahmenvereinbarung. Allerdings muss der Abschluss eines Einzelauftrags ernsthaft beabsichtigt sein.
(Schranner in: Ingenstau/Korbion, 20. Aufl., § 4a VOB/A Rn. 4)
- Die Rahmenvereinbarung muss den **Umfang der Leistungen so genau wie möglich erfassen, ohne ihn aber abschließend festlegen** zu müssen. Dies erfordert die Bekanntgabe des voraussichtlichen Auftragsvolumens.
(§ 4a Abs. 1 S. 2 VOB/A)

Laufzeit einer Rahmenvereinbarung

(§ 4a Abs. 1 S. 4 VOB/A)

- Die Laufzeit einer Rahmenvereinbarung darf **4 Jahre** nicht überschreiten.
- **Begründung für die Begrenzung der Laufzeit:** Die Leistungen werden für die Laufzeit des Rahmenvertrags dem Wettbewerb entzogen.
- Ein **längere Laufzeit** ist zulässig, wenn **ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Ausnahmefall** vorliegt.
 - Eine längere Laufzeit kann ausschließlich mit Umständen begründet werden, die **im Auftragsgegenstand liegen**.
 - **Beispiele:**
(Schranner in: Ingenstau/Korbion, 20. Aufl., § 4a VOB/A Rn. 8)
 - Anschaffung von teuren Maschinen oder Geräten, die außerhalb der Rahmenvereinbarung nicht oder eingeschränkt verwendet werden können und sich über die Laufzeit der Rahmenvereinbarung amortisieren müssen.
 - Mehrmonatige Einarbeitungsphase, Anstellung qualifizierten Personals

Kreis der abrufberechtigten Auftraggeber

(§ 4a Abs. 2 VOB/A)

- Aus der Rahmenvereinbarung dürfen nur die Auftraggeber einen Einzelauftrag erteilen, die ihren **voraussichtlichen Bedarf für das Vergabeverfahren gemeldet** haben.
- **Begründung:** Nur wenn der voraussichtliche Bedarf für das Vergabeverfahren gemeldet worden ist, kann er auch Gegenstand eines Vergabeverfahrens gewesen sein.
- **Konsequenzen:**
 - Nicht nur der Auftraggeber als Vertragspartner des Unternehmens ist berechtigt, Einzelaufträge zu erteilen.
 - Auch andere Auftraggeber oder Dienststellen sind zum Abruf berechtigt, wenn sie ihren voraussichtlichen Bedarf für das Vergabeverfahren gemeldet haben.

Teil 5

Nachforderung von fehlenden geforderten Unterlagen

Nachforderung von fehlenden geforderten Unterlagen

(§ 16a VOB/A)

- **Regelung des § 16a VOB/A:**

Fehlen geforderte Erklärungen oder Nachweise und wird das Angebot nicht entsprechend § 16 Absatz 1 oder 2 ausgeschlossen, verlangt der Auftraggeber die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach. Diese sind spätestens innerhalb von sechs Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, ist das Angebot auszuschließen.

Nachforderung von fehlenden geforderten Unterlagen

(§ 16a VOB/A)

- **Begriff der geforderten Unterlagen:** Voraussetzung für den Ausschluss eines Angebots ist, dass die Forderung der Angaben zweifelsfrei aus den Ausschreibungsunterlagen hervorgeht.
(OLG München, Beschluss vom 12.11.2010 – Verg 21/10, IBR 2011, 105)

Verpflichtung zur Nachforderung von fehlenden geforderten Unterlagen

(§ 16a VOB/A)

- Der Auftraggeber hat **von allen Bietern sämtliche geforderten Erklärungen** nachzufordern.
(Dittmann in: Kulartz/Marx/Portz/Prieß, 2. Aufl., § 16 VOB/A Rn. 162)
- Dem Auftraggeber steht **kein Ermessen** zu, auf die Nachforderung zu verzichten und ein unvollständiges Angebot dennoch zu werten.
(Dittmann a.a.O.)
- Vor der Klärung, ob fehlende geforderte Erklärungen nachgefordert werden, ist zu prüfen, ob das Angebot **nicht aus anderen Gründen auszuschließen** ist.

Beispiele:

- Verspäteter Zugang des Angebots
- Unzulässige Änderungen an den Vergabeunterlagen
- Widersprüchliche Erklärungen

Begriff der Erklärungen und Nachweise

(§ 16a VOB/A)

- Der Begriff der Erklärungen und Nachweise ist **weit auszulegen**.
(OLG Düsseldorf, Beschluss vom 21.10.2015 – Verg 35/15, VPR 2015, 3469; OLG Celle, Beschluss vom 14.01.2014 – 13 Verg 11/13, IBR 2014, 298; von Wietersheim/Kratzenberg in: Ingenstau/Korbion, 19. Aufl., § 16 VOB/A Rn. 66)
- Der Wortlaut des § 16a VOB/A **differenziert nicht zwischen Erklärungen mit Leistungsbezug und Erklärungen mit Bieterbezug**.
(**streitig, in diesem Sinn:** OLG Naumburg, Beschluss vom 23.02.2012 – 2 Verg 15/11, VergabeR 2012, 732; OLG München, Beschluss vom 12.11.2010 – Verg 21/10, IBR 2011, 105; **andere Ansicht:** VK Lüneburg, Beschluss vom 24.08.2015 – VgK-28/2015, IBR 2015, 622; VK Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 13.08.2014 – 3 VK LSA 75/14, IBR 2015, 156; VK Thüringen, Beschluss vom 12.04.2013 – 250-4002-2400/2013-E-008-SOK, VPR 2013, 24)
 - **Erklärungen mit Leistungsbezug** sind Angaben, die Vertragsgegenstand werden, z. B. Hersteller- und Typenbezeichnungen.
 - **Erklärungen mit Bieterbezug** beschreiben Umstände, die außerhalb des Vertragsgegenstands stehen.

Begriff der fehlenden Unterlagen

(§ 16a VOB/A)

- **Geforderte Erklärungen oder Nachweise fehlen**, wenn diese entweder
 - gar nicht vorgelegt wurden oder
 - unvollständig sind oder
 - sonst nicht den Anforderungen des Auftraggebers, zum Beispiel hinsichtlich der einzuhaltenden Form, entsprechen.
(OLG Brandenburg, Beschluss vom 30.01.2014 – Verg W 2/14, NZBau 2014, 525; OLG Düsseldorf, Beschluss vom 09.05.2011 – VII-Verg 42/11)

Beispiele:

- Mangelnde Lesbarkeit
- Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Beglaubigung
- Fehlende Unterschrift einer Erklärung
- Kein aktueller Nachweis
(VK Bund, Beschluss vom 21.08.2013 – 1-67/13, VPR 2014, 1036)

Begriff der fehlenden Unterlagen

(§ 16a VOB/A)

- **Notwendige Kernbestandteile des Angebots selbst** sind keine Erklärungen und Nachweise, die nachgefordert werden dürfen. In einem solchen Fall ist schon kein wirksames Angebot abgegeben worden.
(von Wietersheim/Kratzenberg, 19. Aufl., § 16 VOB/A Rn. 66)

Beispiele:

- Fehlende Preise
- Fehlende Unterschrift
- Fehlende Seiten des auszufüllenden Leistungsverzeichnisses
- Fehlende Arbeitskarten zum Wartungsvertrag
(OLG Dresden, Beschluss vom 21.02.2012 – Verg 1/12, VergabeR 2012, 728; siehe auch Ziffer 3 FB 242 VHB)

Grenze der zulässigen Nachforderung

(§ 16a VOB/A)

- **Keine inhaltlichen Nachbesserungen durch die Nachforderung:**
Mit der Nachforderung darf dem Bieter nicht das Recht zur inhaltlichen Nachbesserung eingeräumt werden. Die Pflicht zur Nachforderung gilt lediglich für die Ergänzung von unvollständigen Angeboten.
(OLG Brandenburg, Beschluss vom 30.01.2014 – Verg W 2/14, NZBau 2014, 525; Dittmann in: Kulartz/Marx/Portz/ Prieß, 2. Aufl., § 16 VOB/A Rn. 163)
 - **Beispiel:** Ein Austausch durch andere, bessere Eignungsnachweise ist unzulässig.
 - Die **Grenze der zulässigen Nachforderung** liegt da, wo mit der nachgelegten Erklärung bisher schon Erklärtes nachgebessert wird.

Grenze der Verpflichtung zur Nachforderung

(§ 16 Abs. 1 Nr. 4 VOB/A)

- Erklärungen oder Nachweise, **deren Vorlage sich der Auftraggeber vorbehalten hat**, und die der Bieter auf Anforderung nicht innerhalb einer angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorgelegt hat, werden nicht nachgefordert.
- Ein solches Angebot ist vielmehr nach Ablauf der Frist auszuschließen.
- Diese Grenze der Verpflichtung zur Nachforderung gilt für Teilnahmeanträge entsprechend.
(§ 16 Abs. 1 Nr. 4 S. 2 VOB/A)

Grenze der Verpflichtung zur Nachforderung

(§ 16 Abs. 1 Nr. 4 VOB/A)

- **Beispiel für Erklärung oder Nachweise, deren Vorlage sich der Auftraggeber vorbehalten hat:**

124
(Eigenerklärung zur Eignung)

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

- Eine Nachforderung solcher Bestätigungen oder Nachweise ist nicht mehr vorgesehen.
- Werden die Bestätigungen oder Nachweise nicht vorgelegt, ist das Angebot oder der Teilnahmeantrag – ohne weiteres – auszuschließen.